

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 9. März 1932

Nummer 20

Zu den Tarifverhandlungen

Am 15. März treten in Berlin die Organisationsvertreter beider Tarifparteien im deutschen Buchdruckergewerbe zu einer Revision des seit 1. April 1930 gültigen Deutschen Buchdrucker-Tarifs (Mantel- und Reichstarif) zusammen. Der vertragsrechtliche Ablauf dieses Tarifs wäre nach dessen § 34 schon zum 31. März dieses Jahres fällig geworden; er wurde jedoch durch die Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 um einen Monat verlängert, und zwar bis 30. April 1932. Infolgedessen käme für den jetzigen Manteltarif zunächst eine Gesamtdauer von zwei Jahren und einem Monat in Betracht. Da der zwischen den Tarifparteien vereinbarte Austausch der beiderseitigen Antragsvorlagen acht Tage vor Zusammentritt der nach § 21 des Tarifs zuständigen Tarifkommission, also am 8. März oder erst einen Tag nach Abschluß der vorliegenden Nummer des Verbandsorgans, erfolgt, ist es leider nicht möglich, zu den Unternehmeranträgen jetzt schon Stellung zu nehmen. Sie werden in nächster Nummer in Verbindung mit den Anträgen unseres Verbandes und mit Gegenüberstellung der bisherigen tariflichen Bestimmungen veröffentlicht werden.

Wie wir schon mehrfach in andern Zusammenhängen angedeutet haben, ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß sich die prinzipialseitigen Anträge auch diesmal wieder im bekannten Rahmen privatakapitalistischer Unterebewertung der menschlichen Arbeitskräfte im Vergleich zu ihrer mehr als kurzfristigen und krisenverursachenden Überschätzung der mechanischen oder materiellen Produktionsmittel halten werden. Daß sich demgegenüber die Anträge unseres Verbandes in der Hauptfrage darauf konzentrieren, in entgegengesetzter Richtung zu wirken, bedarf als selbstverständlich keiner weiteren Begründung. Wie groß und scharf diese Gegensätze sind, wird die nächste Nummer des „Korr.“ schwarz auf weiß ergeben. Es bedarf wohl auch keiner längeren Begründung dafür, daß die von unserer Seite zu stellenden Anträge in erster Linie darauf abzielen, das ungeheure Elend der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit, d. h. unter Zurückstellung allzu vieler im Verlauf der Verhandlungen nur hemmender Einzelheiten und Nebenächlichkeiten abzuschwächen. Eine detaillierte zweckmäßige, aus der Not der Zeit gebotene Beschränkung ist leider nicht überall bei der Antragsberatung beachtet worden.

Aber so viel steht nach allen Verlautbarungen aus Unternehmerkreisen jetzt schon fest, daß die prinzipialseitige Antragstellung den Stempel rückwärtsloser Rettungsversuche der individualistischen Betriebsherrschaft und egoistischen Profitwirtschaft viel ausgeprägter als je zuvor tragen wird. Inwiefern solche reaktionären und arbeiterfeindlichen Tendenzen durch politische Entscheidungen des deutschen Volkes dieser Lage wesentlich erschüttert oder beseitigt werden können, steht noch dahin. Aber sicher ist, daß die noch im dunklen Schoß der nächsten Wochen liegenden Entscheidungen auf tarifpolitischem Gebiet in stärkstem Maße davon abhängen werden, wie unsere Kollegenchaft innerhalb und außerhalb der Betriebe die Voraussetzungen dafür bisher schon geschaffen hat und noch schaffen wird.

Die ungeheuren Fortschritte der Technik in aller Welt könnten und müßten dazu beitragen, allen Menschen eine leichte Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse zu bieten und ihnen eine fortschreitend höhere Kulturstufe zu gewährleisten. Aber leider werden diese Möglichkeiten im Rahmen der privatakapitalistischen Wirtschaftsform nur in einseitigster Weise und Willkür zur persönlichen Bereicherung auf Kosten der menschlichen Arbeitskräfte von den Besitzern der materiellen und mechanischen Pro-

duktionsmittel mißbraucht. Den Erfolg dieser kurzfristigen Wirtschaftsform sehen wir im Millionenheer arbeits- und verdienstloser Menschen, deren Erhaltung auf kümmerlicher Basis die Gesamtwirtschaft in zusehender Weise belastet, gleichzeitig aber auch die ursprüngliche Gestaltlosigkeit des privatakapitalistischen Systems in hellstem Ausmaß beleuchtet. Denn das gegenwärtige Brachliegen ungeheurer Produktionsmittel ist nur die andre Seite und natürliche Konsequenz einer Wirtschaftsführung, in der der materielle Produktionsapparat viel höher bewertet wird, als die zu seiner Verwertung erforderlichen menschlichen Arbeitskräfte; woburh der eigentliche Zweck aller Wirtschaft in sein Gegenteil verkehrt wird. Eine Zurückziehung der Ursachen dieser Zustände auf politische oder sogenannte weltwirtschaftliche Umstände trifft keineswegs die Wurzel dieser Zustände. Denn die politischen Gegensätze sind gleichfalls nur Folgen dieser sich immer mehr als verkehrt erweisenden Wirtschaftsform, wie auch die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge oder Auswirkungen nur deren Summierung darstellen. Diesem Zusammenhang aller Dinge entspringen alle sozialen und politischen Gegensätze. Sie bedingen den Gegensatz zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Und solange dieses System nicht grundlegend geändert wird, solange es noch „vertragsrechtlich“ möglich ist, lediglich auf Grund materieller Machtverhältnisse einzelnen Personen und Kreisen ein mehr oder weniger willkürliches Dispositionsrecht über Arbeitsleistung, Arbeitszeit und Freizeit anderer von Natur aus gleichberechtigter Menschen zu sichern, kann und wird es weder einen sozialen noch einen wirtschaftlichen Frieden geben.

In diesem kultur- und wirtschaftspolitischen Ringen werden die am 15. März beginnenden Tarifverhandlungen für das deutsche Buchdruckergewerbe nur ein kleiner Ausschnitt sein. Es ist leider nicht zu erwarten, daß auf Unternehmensebene die allgemeine Notlage die Erkenntnis zur Reife gebracht haben könnte, daß der neuzeitliche Weg ihrer arbeiterfeindlichen Politik und Taktik nicht nur keinen Segen, vielmehr immer größere Hemmungen und Belastungen gebracht hat. Es ist viel eher damit zu rechnen, daß eine auch nur annähernde Überbrückung der bestehenden Gegensätze daran scheitern wird, daß man auf Unternehmensebene die in der Hauptfrage in persönlichem und spekulativem Eigennutz verschuldeten Last der zu bald 50 Proz. überzählig gewordenen Produktionsmittel weit höher und drückender einschätzen wird als die ungeheure Not und Zahl der gänzlich arbeitslosen Berufsgenossen. Die Unternehmer werden versuchen, ihr Betriebsrisiko noch mehr als bisher auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Daß unsere Vertreter allen solchen Versuchen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und nach besten Kräften bestrebt sein werden, eine Erleichterung der gegenwärtigen Notlage für alle Kollegen zu erreichen, ist selbstverständlich. Die Arbeiterschaft des deutschen Buchdruckergewerbes hat und kann das Vertrauen zu ihren Organisationsvertretern haben, daß diese in den nächsten Tagen und Wochen nichts verkümmern werden, was nur irgendwie dazu dienen könnte, die bestehenden tariflichen Rechte der Arbeiterschaft zu erhalten und sie in objektiver Würdigung der Zeitverhältnisse noch einwandfreier zu gestalten. Sollten aber die prinzipialseitigen Forderungen jede Möglichkeit eines vernünftigen Verlaufes und Resultats der Verhandlungen von vorn herein aufheben, so wird sich die Geshilfschaft auch damit abzufinden und gegenseitige Spekulationen auf Unternehmensebene in entsprechender Abwehrfront zu vereiteln wissen!

Verkürzung der Arbeitszeit ist das Gebot der Stunde!

Wie sich die Welt in Unternehmertöpfen malt, zeigte wieder einmal mit aller Deutlichkeit ein Artikel in Nr. 15 der „Zeitschrift“ vom 19. Februar über „Lohnhöhe und Akkordarbeit“. Der Artikelshreiber empfiehlt zur Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiteren Lohnabbau und Akkordarbeit. Kostlos überzogen allerdings scheint er von der Heilkraft seines Rezeptes selbst nicht zu sein. In irgendeiner Ganglienzelle seines Gehirns ist noch ein Quentchen vernunftgemäßer Überlegung vorhanden, das sich aufbäumt gegen das stereotypen Nachplappern des Allheilmittels der Unternehmerhände und ihrer Syndizi: Lohnabbau, Lohnabbau und abermals Lohnabbau, denn er bemerkt, allerdings nur in Klammern, daß er in einer Sentenz der Löhne keineswegs das Heil erblickt. Würden die Arbeiter und ihre wirtschaftliche Vertretung, die Gewerkschaften, sich den Kampf gegen die Krise ebenso bequem machen, dann brauchen sie nur ebenso stumpfsinnig die Gegenforderung aufstellen: Lohnerhöhung, Lohnerhöhung, Lohnerhöhung! Ja, sie könnten das noch zwei wichtige Argumente vorbringen: die Erfahrung der Vergangenheit, daß in der Zeit der Lohnsteigerungen die Wirtschaft blühte, und das Argument der Kaufkraftsteigerung. Tatsache ist doch, daß die gegenwärtige Weltkrise lediglich eine Absatzkrise ist, daß Produkte aller Art in solchen Mengen vorhanden sind, daß sie den Bedarf der gesamten Menschheit für zwei Jahre decken könnten, daß diese Produkte vielfach in großen Mengen verderben oder gar mit Bedacht vernichtet werden, während andererseits ein großer Teil der Menschheit bitterste Not leidet, weil er nicht imstande ist, die auf der Welt im Überfluß vorhandenen Produkte zu erwerben. Wir sehen also auf der einen Seite die durch überationalisierung gewaltig gesteigerte Erzeugung von Gütern -- auf der andern Seite den durch die geschwächte Kaufkraft verringerten Verbrauch. Will man dieses Mißverhältnis beseitigen, so muß man Erzeugung und Verbrauch in ein gesundes Verhältnis bringen. Voraussetzung dafür ist wieder die Stärkung der Kaufkraft der Konsumenten; da eine Lohnerhöhung zur Zeit nicht durchführbar ist, müssen die Preise auf den denkbar niedrigsten Stand gesenkt werden. Der Artikelshreiber der „Zeitschrift“ aber will die Löhne senken und die Erzeugung durch Akkordarbeit steigern. Von einer Verabsehung der Preise, die gerade für das Buchdruckergewerbe außerordentlich notwendig ist, erwähnte der Artikelshreiber nicht; das ist für ihn „heißes Eisen“. Die Notwendigkeit der Lohnsenkung begründet er einmal mit der Wirtschaftslage und zum andern damit, daß laut „Korrespondent“ das Ausland ebenfalls die Löhne gesenkt habe. Daß das Ausland nur dem deutschen Vorbild gefolgt ist, wird mit Fleiß übersehen. Als Ende 1930 die Regierung dem Drängen der Unternehmerverbände und ihrer parlamentarischen Vertretung nachgab und die staatlichen Schlächter anwies, die Löhne zu senken, haben die Gewerkschaften eindringlichst, aber erfolglos, darauf hingewiesen, daß durch diese Maßnahme die Position Deutschlands auf dem Weltmarkt keineswegs gebessert wird, denn das Ausland wird entweder ebenfalls dazu übergehen, die Löhne zu senken, oder man wird den deutschen Dumpingpreisen erhöhte Schutzzölle entgegenzusetzen. Und so ist es auch gekommen. Anstatt daraus die richtige Lehre zu ziehen, rufte die „Zeitschrift“ im Chor mit den übrigen Unternehmerorganen nach weiterem Lohnabbau. Würde diesem Verlangen abermals stattgegeben, so würde als einzige Folge eine weitere Verelendung der Erwerbstätigen aller Länder eintreten, eine weitere Schrumpfung der Kaufkraft, eine weitere Einschränkung der Gütererzeugung und damit weitere Millionen Arbeitsloser.

Welche Mienen die „Zeitschrift“ springen läßt, um die Buchdruckunternehmer zu weiterem Lohnabbau aufzureizen, zeigt folgender Satz des Artikels: „Unser Lohnindex lag schon immer bestimmt aber seit 1927 über dem Index der meisten Völker.“ Das ist eine sehr lächerliche, um nicht zu sagen bewußt unwahre Behauptung, die zu beweisen gar nicht erst der Versuch gemacht wird. Nach den in diesen Jahren aufgenommenen Statistiken des Internationalen Arbeitsamts in Genf steht der deutsche Lohnindex, einschließend der Buchdrucker, an achter bis zehnter Stelle, und inzwischen hat sich das Verhältnis infolge der deutschen Zollpolitik noch weiter für die deutsche

Arbeitererschaft verschlechtert. Diese Feststellungen einer unparteiischen Institution sind den deutschen Unternehmern natürlich außerordentlich unangenehm; deshalb werden solche internationalen Vergleichskategorien von den deutschen Unternehmerverbänden auch heftig bekämpft.

Geradezu aufreizend für die Gehilfenschaft, insbesondere für den arbeitslosen Teil, ist aber das Verlangen nach der Einführung der Alltagsarbeit in dieser Zeit! Soll dies etwa ein Verluſtgeſchäft für die bevorstehenden Wählerwerbhandlungen sein? Alltagsarbeit im Druckersaal empfiehlt der Kritikerſchreiber der „Zeitschrift“ an Stelle der Leistungsſtufen! An anderer Stelle aber betont er, daß nur auf Grund der Güte der Erzeugnisse exportiert werden konnte. Leistungslohnabbau — Alltagsarbeit — Güte der Erzeugnisse! „Erkläre mir, Graf Erndub...“

Nachdem die Unternehmer 1 1/2 Jahre lang mit Hilfe der Regierungsgewalt ihr Rezept des „Zwangsbaues“ angewandt haben mit dem Erfolg, daß die wirtschaftliche Lage immer trostloser und die Zahl der Arbeitslosen immer größer geworden ist, sollte man annehmen, daß nunmehr auch bei ihnen der Zeitpunkt gekommen ist, zu erkennen, daß dieser Weg immer weiter in den Sumpf führt. Vertikung der Arbeitszeit ist das Gebot der Stunde, um die Arbeitslosen wieder in die Betriebe hineinzuſubringen, und zwar die Vertikung der Arbeitszeit für alle Erwerbstätigen: Beamte, Angestellte und Arbeiter! Sollte die Regierung Bränning in ihrer vierten Notverordnung an Stelle der Lohn- und Gehaltsſenkung den geſetzlichen Sechsstundenarbeit dekretiert, sie hätte damit ſicher den erſten Schritt zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg in Deutschland und zur Beilegung der Finanznöte des Reiches, der Länder und Kommunen ſowie der ſozialen Körperſchaften getan. Dazu ist es aber auch heute noch nicht zu ſpat — nur darf der Reallohn nicht noch weiter ſenkt werden. Mit der Unterbringung einiger Millionen Arbeitsloſer in die Betriebe wird auch eine Belebung der Wirtschaft eintreten und damit auch des Buchdruckgewerbes. Es wäre eine dankbare Aufgabe für die „Zeitschrift“, auf ihre Verer, die ja die ſogenannte „öffentliche Meinung“ verbreiten, nach dieſer Richtung einzuwirken, anſtatt ſie für weiteren Lohnabbau und Alltagsarbeit ſcharfzumachen! B. K. (Berlin).

Einheitsfront der Arbeiterſchaft gegen den Faſchismus

Es ſteht heute zweifellos feſt, daß die faſchiſtiſchen Organisationen eine Macht ſind, zu deren Überwindung die Einheit und Entſchloſſenheit aller Gegner des Faſchismus notwendig iſt. Dieſer Einheitsfront und einem erfolgreichen Kampf gegen die Faſchiſten ſtehen noch viele Hinderniſſe im Weg, die weggeräumt werden müſſen. Ein ſolches Hindernis iſt einmal die zu heobachtende Unterſchätzung der faſchiſtiſchen Gefahr. Sie äußert ſich in der Annahme, daß der Faſchismus im Beſitz der ſtaatlichen Macht ſehr bald abgewirkt habe und den Weg zur proletariſchen Revolution freimache. Ein anderes Hindernis iſt die Aufſaffung, daß der Kampf gegen den Faſchismus die bevorzugte Aufgabe einer Partei iſt, wodurch wiederum die gemeinſame Plattform für alle Gegner der Faſchiſten zerſtört wird. Der Kampf gegen den Faſchismus kann heute keine parteipolitische Angelegenheit mehr ſein. Er geht das ganze Proletariat an, ohne Rückſicht auf die Parteien. Der Faſchismus als Staatsmacht würde der Tod jeder freiheitlichen Entwicklung bedeuten.

Um jene Hinderniſſe zur Einheitsfront zu beseitigen, unterſuchen wir zunächſt Ziele und Wege des Faſchismus. Schon allein der Gedanke der ſogenannten Arbeitsgemeinſchaft zwiſchen Unternehmern und Arbeitern, ohne eine gerechte Verteilung der Produktionsmittel zu ſichern und ohne die induſtrielle Reservearmee zu beſeitigen, iſt ſo unweckmäßig, daß es ſich erübrigt, hierüber überhaupt erſtlich zu ſprechen. Gerade weil die überwältigende Mehrheit der Menſchen ihre Handlungen durch Privatinterſſe beſtimmen läßt, würde ein ſolcher Arbeitsgemeinſchaftsgedanke den Arbeiter noch mehr zum Ausbeutungsobjekt machen. Klaſſenunterſchiede laſſen ſich eben nun einmal nicht durch ſchöne Redensarten, ſondern nur durch die Beilegung der wirtschaftlichen Zwangsſage und politiſchen Rechloſigkeit, in der ſich der Arbeiter befindet, aus der Welt ſchaffen. Der Klaſſenkampf wird auch nicht durch den völliſchen Klaſſenkampf, den die Nationalſozialisten propagieren, aus der Welt geſchafft. Die Ausbeutung des Arbeiters erſtreckt ſich über die ganze Welt, und ſomit kann der Kampf gegen die Ausbeutung nur geführt werden durch einen Kampf gegen unſre Klaſſengegner, gleichgültig, welcher Klaſſe dieſe Ausbeuter angehören. Die Nationalſozialisten ſagen ſelbſt, daß auch in der erſtrebten Arbeitsgemeinſchaft die Abhängigkeit des Arbeiters vom Unternehmer nach wie vor beſteht. Die Arbeiter ſollen also auch in Zukunft auf das Wohlwollen des Unternehmers angewieſen ſein. Sozialismus iſt jedoch nicht eine Sache des Wohlwollens, ſondern ein Rechtsanſpruch aller Ausbeuteten. Gerade die Idee des Rechts zeigt uns die Notwendigkeit des Klaſſenkampfes. Wir wenden uns deshalb gegen jede Ausbeutung und damit auch gegen die von den Nationalſozialisten propagierte Vergewaltigung anderer Völker und Klaſſen. Die Stümperhaftigkeit der nationalſozialiſtiſchen Idee kommt gerade hier mit aller Wucht zum Vorſchein.

Genau ſo ſieht es mit der Idee der Volksgemeinſchaft. Schon daraus, daß die Nationalſozialisten Muſſolini als einen „Sozialisten allergrößten Ausmaßes“ bezeichnen, ſonn man ſich ein Bild machen, wie die von dort angeſtrebte Volksgemeinſchaft ausſehen wird. Unmittelbar nach dem Marſch auf Rom im Oktober 1922, hat Muſſolini

Hauptrichtlinien für die faſchiſtiſche Geſetzgebung erlaſſen. Nach dieſen Hauptrichtlinien ſoll alle Gewalt in den Händen von Muſſolini vereinigt und alle Befugniſſe der Volksvertretung abgehoht werden. Genau ſo verhielt es ſich mit der Gemeindefeſtverwaltung. Aber auch die Rede-, Vereins- und Preſſefreiheit wurde beſeitigt.

Besonders wahrlich iſt der Gedanke über die Brechung der Zinsneidſchaft. Eine Vermehrung der Zahlungsmittel ohne eine entſprechende Vermehrung der Güter würde beſtimmen ein Sinken des Geldwertes zur Folge haben. Wir würden abermals die Möglichkeit zu jenem grenzenloſen Diebſtahl ſchaffen, der während der letzten Inflation an der Arbeiterſchaft begangen wurde. Mit einer derartigen Maßnahme könnte man höchſtens dem internationalen Schieberbande eine Gefälligkeit erweiſen, ob mit oder ohne Abſicht, will ich dahingeſtellt ſein laſſen.

Auch das Agrarprogramm der Nationalſozialisten iſt derartig ſelbſtverleumdend, daß ſelbſt der primitivſte deutſche Arbeiter ſofort den Pferdeſchiß erkennen müßte. Es werden Kolonien gefordert, damit das Volk ohne Raum ſicheln und ſeinen Lebensmittelsbedarf ſichern kann. Wir haben in Deutschland noch Siedlungsraum für etwa 12 Millionen Menſchen, wenn man im Intereſſe unſrer Volksgenossen wirklich erntſtlich bemüht wäre, den ſowieso ſchon bankrotten Großgrundbeſitz zu zerſchlagen. Daraus erſehen wir, daß die Beſchaffung von Siedlungsraum nicht Aufgabe der deutſchen Außenpolitik iſt, ſondern eine ureigene Angelegenheit der deutſchen Innenpolitik.

Die Machtergreifung durch die Nationalſozialisten würde nichts weniger bedeuten als: „die Verteilung der Mäkte des deutſchen Proletariats, die Zerſtörung ſeiner Organisationen, die Ausrottung ſeines Glaubens an ſich und ſeine Zukunft.“ Für die nächſten zehn bis zwanzig Jahre würde es bedeuten den „Triumph des Weltimperialismus in ſeinen abſcheuliſchten und blutgerigſten Formen“, ſo kennzeichnet Trocki in ſeinen Zugſchriften die faſchiſtiſche Gefahr in Deutschland. Mit allem Nachdruck fordert Trocki die Schaffung einer geſchloſſenen Abwehrfront der geſamten Arbeiterſchaft, um den gemeinſamen Gegner abzuwehren. „Darüber kann man mit dem Teufel ſelbſt ſich verſändigen, mit ſeiner Großmutter, und ſogar mit Koſe und Geſenki. Unter einer Bedingung: ſich nicht die eignen Hände zu binden.“ Verſuchen wir feſtzuſtellen, ob dieſe ſo überaus notwendige Einheitsfront möglich iſt und wie wir ſie ſchaffen können. Betrachten wir unter dieſem Geſichtspunkt erſt einmal die Organisationen, die uns zur Verfügung ſtehen. Die wirtschaftlichen und politiſchen Erfolge der Reaktion haben in der geſamten Arbeiterbewegung tiefe Spuren hinterlaſſen. Allein die Vierte Notverordnung raubte dem Arbeiter nahezu ein Sechstel ſeines tärklichen Lohnes, und dies in einem Augenblick, wo man Millionen von Marck der deutſchen Großinduſtrie, u.a.d. den Großgroßhändlern, in Form von Subventionen an den Hals wickelt. Ganz beſonders unerträglich ſind die Angriffe auf kulturellen Gebiet, durch den ungleichen Abbau der Lehrkräfte und die dadurch entſtandene Überfüllung der Schulen. Neben dieſen Angriffen tobt ein unüberbrückbarer Bruderkampf, der jeden Annäherungsverſuch unglauublich erſchwert.

Wie ſchwer die Arbeiterſchaft durch die ſchweren und nachhaltigen Angriffe des Unternehmertums und dem Kampf ein eignen Lager zermüht iſt, zeigen uns folgende Berichte. Von den im zweiten Vierteljahr 1931 durchgeführten Streiks waren 73 Proz. ohne Erfolg und nur 3,6 Proz. mit vollem Erfolg. In dieſelben Zeit waren von den Ausperrungen 0,6 Proz. ohne Erfolg, 33,2 Proz. mit teilweisem Erfolg und 66,2 Proz. mit vollem Erfolg. Man wird von ſeiten der kommuniſtiſchen Genossen vielleicht einwenden, daß derartige Mißerfolge größtenteils auf das Verhalten der ſogenannten Gewerkschaftsbürokratie zurückzuführen ſei, aber die hier folgende Darſtellung bringt den Beweis, daß das Verhalten der Arbeiterſchaft tatſächlich ſelbſt ſehr viel zu dem Mißlingen von Kampfhandlungen beiträgt. „Die Spinnerei Hermann Baltus (Friedrichſtal) forderte von ihrer 475 Mann zählenden Belegſchaft eine Lohnſenkung von 12,5 Proz., um einen engliſchen Auftrag zur Ausführung bringen zu können. Der Auftrag würde der Belegſchaft einen Monat Beſchäftigung ſichern. Der Arbeiterrat und die Gewerkschaft lehnten den Lohnabbau ab und ſicherten ausdrücklich für den Fall einer Ausperrung ihren Mitgliedern Unterſtützung zu. Trotzdem hatten 90 Proz. der Belegſchaft einen Nervens unterſchrieben, in dem ſie ſich mit der Lohnſenkung ab 1. November auf einen Monat zunächſt einverſtanden erklärten, aber auch für eine ſofortige Lohnſenkung ſprachen ſich in einer geheimen Abſtimmung 277 gegen 155 Arbeiter aus. („Deutſche Bergwerkszeitung“ vom 21. Oktober 1931.)

Daß es unter ſolchen Umſtänden die notwendige und ſchwerſte Aufgabe iſt, den Faſchismus abzuwehren, dürfte jedem vernünftigen denkenden Menſchen einleuchten. Die Zuſammenſaffung aller Kräfte der Arbeiterſchaft zur Abwehr der ungeheuren faſchiſtiſchen Gefahr iſt die dringende Forderung, hinter der alle Sonderinterreſſen und parteipolitischen Wünſche zurückſtehen müſſen. Die Organisation, die am vorzügliſtſten geeignet iſt, alle Kräfte zu mobilisieren, iſt der ADGB. In den dieſem Spitzenerwerb nach geſchloſſenen Gewerkschaften ſind zahlenmäßig mehr Arbeiter organisiert, als in allen anderen Arbeiterorganisationen zuſammengenommen. Dieſer Mitgliedskreis umfaßt Arbeiter mit den verſchiedenſten parteipolitischen Intereſſen und Weltanſchauungen. Aber alle verfolgen den Zweck, ihre wirtschaftliche Exiſtenz zu ſichern und auszubauen. Dementsprechend ſind die Einrichtungen der Gewerkschaften ausgebaut, und in jahreſchweiliger Tätigkeit für Arbeiterrechte ſtaulten ſich die Kräfte der Organisation. So ſind die Gewerkschaften trotz Wirtschaftskriſe, trotz der politiſchen

Reaktion noch ein wirtschaftspolitischer Machtfaktor, mit dem ein Gegner rechnen muß. Das wiſſen die Faſchiſten ſehr wohl, das haben ihnen die Erfahrungen in Italien gezeigt. Die Bewirkung der Arbeiterſtärke durch das Anpaſſen der Faſchiſten in die ſozialiſtiſche Ideen- und Gedankenwelt, die verantwortungsloſe Agitation, begünstigt durch die wirtschaftliche Not haben dem Faſchismus Erfolge gebracht, die in einem demokratiſchen Staat für die parlamentariſche Macht ausſchlaggebend ſind. Eine Organisation mit dem Willen zur Staatsmacht und mit der Gewiſſheit, daß die wirtschaftlichen Machthaber hinter ihr ſtehen, für eine ſolche Organisation iſt der Weg von der parlamentariſchen zur unbeſchränkten Staatsmacht ein kleiner Schritt. Politische Organisationen, die ſich dieſem Schritt entgegenſtellen, waren bald hinweggeſegt. Die einzige Gefahr für die Faſchiſten beſteht darin, daß ſie die Wünſche und den Willen der Monopolkapitaliſten nicht erfüllen können. Der Wille jener Menſchen geht aber vor allem auf die Zerſchlagung der Gewerkschaften und der damit verbundenen Rechtsloſmachung der Arbeiterſchaft. Aber die Niederlage der Gewerkschaften geht der Sieg des Faſchismus. Eine politiſche Macht aber, die keine Maſchine, keinen Betrieb und keine Wirtschaft in Gang bringen kann, iſt verloren. Daher wird und muß es die Hauptaufgabe der Faſchiſten ſein, nach der politiſchen Machtergreifung die Gewerkschaften zu zerſchlagen, um freie Bahn zu bekommen für die Unterwerfung des Arbeiters. Für jeden Arbeiter ergibt ſich hieraus die Konſequenz, ſeine gewerkschaftliche Organisation zu ſtärken, ſelbſt wenn er ſonſt, in normalen Zeiten höher zu bewertende Parteinterreſſen zurückſtellen muß. Für die Gewerkschaften ergibt ſich die Aufgabe, den Kampf gegen den Faſchismus zu organiſieren und die Arbeitermaſſen zuſammenzuſaſſen in eine anti-faſchiſtiſche Front. Nur eine ſolche Front, unbelaftet von Sonderinterreſſen und religiöſigen Spannungen, kann eine derartig harte Aktivität entfaſſen, die die Drahtzieher und Anführer des Faſchismus vornehmlich auf ihr unſauberes Spiel verzichten müſſen. Unter ſolchen Vorausſetzungen würde der Faſchismus derartig in die Deſenſive gedrängt, daß ihm jede Zuſt zur Machtergreifung verſagen würde. Dieſe Formation allein hätte den Anſpruch auf den Titel „Einheitsfront“, und ihre Kraft und Geſchloſſenheit gibt tatſächlich der „Eiſernen Front“ das, was wir ihr im Intereſſe aller freiheitlich geſinnten Menſchen wünſchen, nämlich die Grundlage für eine Zuſammenſaffung aller Ausbeuteten, gleichgültig welches Parteibuch ſie in der Taſche haben und ohne Rückſicht auf ihre religiöſe Überzeugung. Betrachten wir in dieſem Zuſammenhang die „Rote Klaſſenfront“ der KPD. Der Kern dieſer ſogenannten Einheitsfront wird gebildet von den Mitgliedern der KPD, die ſich auf etwa 300 000 jähre. Darüber hinaus gibt es ſelbſtverſtändlich Täuſende von Arbeitern, die ſich dieſe Front anſchließen werden; weniger deshalb, weil ſie die Richtigkeit jener Parolen eingesehen haben, ſondern größtenteils aus politiſcher Berärgerung und leider auch aus politiſcher Beſtandloſigkeit. Aber trotzdem wird jeder einſichtige Menſch zugeben, daß dieſe Front nicht in der Lage ſein wird, alle in Frage kommenden Arbeiter zu umfaſſen, und ſchon deshalb verfügt ſie auch nicht über die nötige Stärke, dem Faſchismus einen Damm entgegenzuſetzen zu können. Doſelbe was der Bruch der parteipolitischen Neutralität für die Gewerkschaften bedeutet, bedeutet er auch für die „Eiſerne Front“. Sobald wir die Führung dieſer Organisation aus der Hand geben, oder uns gar einer parteipolitischen Führung unterordnen, würden wir der „Eiſernen Front“ den Todesstoß verſetzen und dem Faſchismus zum Sieg verſetzen. Der Kampf gegen den Faſchismus erfordert jedoch den letzten Mann, und deshalb haben wir alle die Aufgabe, die Grundlage zu ſchaffen für eine wirkliche ehrliche Zusammenarbeit gegen jene Knechte des Großkapitalismus, gegen den Faſchismus.

K a | e | l.

R-11.

Das Buchgewerbe im Ausland

Hierteils, die Unternehmer des graphiſchen Gewerbes ſind nach wie vor beſtrebt, die Kriſe reſſos und geradezu ſtreupeloſe für ihre Zwecke auszunutzen. Ihre recht durchſichtige Forderung nach Einführung der Kurzarbeit und des Ausſehens ſand ſchon bei der vorjährigen Tariffreiwil durch die Unterhändler und in den Herdſtmonaten nach Befragung der Perſonale einſtellige Ablehnung, die aus Gründen der denkbar ſchlechteſten Erfahrungen und nicht zuletzt auch ſolcher materieller und grundſätzlicher Natur erfolgte. Nun verlegten die Unternehmer ihre beziigliſchen Beſtrebungen direkt in die Betriebe. Kommt es dort zu Kündigungen, ſo werden die Perſonale unter Druck geſetzt, es wird ſicher nicht an deutſchen Hinweiſen auf den ſtarken Standpunkt der Organisation und ihrer Führer fehlen, der allein die Kurzarbeit und das Ausſehen verbietet. Meißt ſind die Gefündigten alte Kollegen, was ebenſo ſicher kein Zufall, ſondern brutale Abſicht iſt, um die Perſonale müde und gegen ihre Organisation mobil zu machen. Macht die Perſonalvertretung einſtellige Angebote, um ſolcherart die Betriebe teilweiſe zu entlaſten — beſpielsweiſe daß jezt ſchon, ſtatt in der Sommerzeit, die Ferien genommen werden —, ſo werden dieſe zumeiſt mit der Motivierung abgeſchnt, daß es ſich bei den Unternehmern doch um eine grundſätzliche Einſtellung zur Kurzarbeit und zum Ausſehen handelt. Auch andre Erſparungsvoſchläge der Betriebsräte werden in der Regel mit Berufung auf die bekannte „grundſätzliche“ Einſtellung der Unternehmer negiert; ſie drohen mit Entlaſſungen auch im Krankheitsfall, mit der Sperrung der Betriebe und dergleichen. So und ähnlich treiben es die Unternehmer auf der ganzen Linie. Nachdem ſie ſolcherart

entsprechende „Borarbeit“ geleistet hatten und die Arbeitslosenzahl allein bei den Geßlisen auf 2000 anstchwoll, glaubten sie endlich die Zeit reif, um mit Erfolg ihre unerwünschten Verlangen an das Graphische Kartell nach Einführung der wiederholt abgelehnten Kurzarbeit zu stellen; da aber die bisherige Auffassung über die Kurzarbeit in der Arbeiterschaft gerade durch das auffällige Gebaren der Unternehmer nur bekräftigt wurde, mußte der sehnlichste Unternehmerwunsch abermals unerfüllt bleiben. Nun mußte nach einem andern Weg Ausschau gehalten werden, daß die Unternehmer unter allen Umständen zu dem einmal gesteckten Ziel führen sollte. Bei einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern maßgebender und einflussreicher Wiener Druckereien bestellten die Unternehmer eine Resolution, die ihre Absichten für die nächste Zeit in prägnanter Form zum Ausdruck brachte, die aber auch klar aufzeigt, daß sie auf die doch auf Treu und Glauben aufgebaute Tarifgemeinschaft keinen Wert mehr legen, desgleichen auf ihre Vertretbarkeit und auch auf den gewerblichen Frieden. In dieser ominösen Resolution wird an den Hauptverband der graphischen Unternehmungen die Aufforderung gerichtet, „zur Verringerung der geradezu katastrophalen Lage des Gewerbes“ angelegentlich Maßnahmen zu ergreifen, die ihnen im Wege der Vereinbarung mit der Arbeiterorganisation einfließt die Einführung der Kurzarbeit mit sofortiger Wirksamkeit bringt. Diese Kurzarbeit hätte sich je nach Unternehmerwunsch abteilungsweise oder für den ganzen Betrieb durch Verkürzung der täglichen Arbeitszeit oder durch Ausfallung ganzer Arbeitstage auszuwirken. Die zweitwichtigste verlangte „Maßnahme“ ist eine „entsprechende Senkung der Löhne“ mit selbstverständlich gleichfalls sofortiger Wirksamkeit und eine „Herabsetzung der überhöhten Löhne auf ein Maß, das einen bestimmten Prozentsatz der neuen Mindestlöhne nicht übersteigt“. In neuerlichen getrennten, eingehenden Beratungen der Ausschüsse der drei graphischen Organisationen und dann des gemeinsamen Graphischen Kartells war man sich auch diesmal wieder — unbestimmt um die in obiger Unternehmerresolution angelegten Dreyhungen mit dem Vertragsbruch unter Mithilfe der Regierung usw. und trotz der tatsächlich von Woche zu Woche schlechter werdenden Situation auf dem Arbeitsmarkt — wegen der überwiegenden Nachteile für den einzelnen wie auch für die Gesamtheit und die Organisation in der Absehung der Kurzarbeit einig. In einer abermaligen Aussprache der Kartellvertreter mit Vertretern des Unternehmerverbandes erklärten diese, den Tarifvertrag ja sonst einhalten zu wollen, nur verlangen eine Kurzarbeit von 30 Stunden bei entsprechendem Lohnabzug von 25 Proz. Von den Kartellvertretern hingegen wurde, um weitere Entlassungen wenigstens vorläufig hinauszuführen, die Einführung der vierzigstündigen Woche in Vorschlag gebracht, wobei der Lohnausfall für die acht Stunden je zur Hälfte von den Unternehmern und von den Arbeitern zu tragen wäre, was aber von den Unternehmern als völlig unzulässig abgelehnt wurde. Eine Wiener Betriebsraterversammlung „bei dem“ Graphischen Kartell angeschlossenen Organisationen nahm zu den erneut gestellten Unternehmerforderungen, über die der Kartellvorsitzende Weigert berichtete, Stellung und konnte nach einer wirklich erschöpfend geführten Debatte nur wieder zu einem einseitig absehnenden Beschluß gelangen, aus dem die Unternehmer ersehen mußten, daß der Wille zur Absehung nicht — wie sie es wider besseres Wissen immer wieder behaupten — einem „Diktat“ der Gewerkschaftsführer entspricht. — Ähnlich liegen die Dinge in der Wiener Zeitungsindustrie. Auch hier sind die Unternehmer

mit den schäbigsten Mitteln am Werk, ihre Forderungen, die sie bei den Tarifverhandlungen nicht durchzudrücken vermochten, Sondernwünsche und Lohnabbaubetriebsweise zur Durchföhrung zu bringen. Gelingt ihnen dies nicht, mißbrauchen sie sogar das Tarifschiedsgericht. Halten die Unternehmer hier nicht bald Einkehr, so steht zu erwarten, daß die Arbeiter nach einem Beschluß der Generalversammlung des Klubs der Wiener Zeitungsgeber ihre Weisiger aus dem Tarifschiedsgericht für das Wiener Zeitungsgerber abberufen werden, womit dieses natürlich aktionsunfähig wird. So bietet die Gesamtheit in graphischen Gewerbe ein durchweg unerfreuliches Bild.

Schweiz. Am 8. Februar hat die neue Volksdruckerei in Basel ihren Betrieb aufgenommen, sie wurzelt im Boden zentraler und totaler Gewerkschaftsorganisationen. Der Schweizerische Typographenbund und einige seiner Sektionen haben den Großteil des Gründungskapitals beigeleitet, ihnen gestellten sich noch andre Verbände zu, so daß die Finanzierung rasch gesichert war. In dem schnellsten Zustandem dieser neuen Druckerei hat der nimmermüde Verbandstretär Kollege Schlumpf erheblichen Anteil. Damit hat die organisierte Arbeiterschaft wieder eine bestergerichtigste Druckerei, und für die Wasser „Arbeiterzeitung“ und die „Schweizerische Typographia“ ist das normale Erscheinen gesichert. Der Schlag, den die „Eroberer“ der Genossenschaftsbuchdruckerei, die Stüblinger Moskaus, gegen den Typographenbund und die Arbeiterschaft im allgemeinen führten, ist ins Wasser gefallen. Mit dieser Genossenschaftsbuchdruckerei, dem einst so blühenden Unternehmen, geht es rasch abwärts. Die Gewerkschaften werden sich helfen, diesen Totengräbern noch Arbeit zusammen zu lassen, und das Biltgertum erst recht. — Der Lohnabbaupult wieder einmal in der „Schweizerischen Buchdruckerzeitung“. Nachdem das Thema bereits letzten Herbst dort angegangen wurde, verfuhrte nun im neuen Jahr ein Mitarbeiter, einen neuen Vorstoß nach dieser Richtung zu machen. Analog dem Vorgehen der Unternehmer in den Nachbarstaaten prophezeit man auch hier nach einer allgemeinen Senkung der Löhne einen Preisabbau aller Lebensnotwendigkeiten und ein Wiedererstarben der Industrie usw. Aber das sind ja alles nur Scheinmänner. Nur ein Beispiel. In der ostschweizerischen Strickerindustrie wurden die Löhne der Arbeiter und Angestellten so stark gesenkt, daß sie nun unter den Vorkriegslohnen stehen, ohne daß dadurch die Industrie wieder konkurrenzfähig geworden respektive angeblüht wäre. Zudem hat es mit dem Preisabbau seine besondere Bewandnis. Die Schweiz ist ein ausgeprägterer Schutzollnerstaat. Durch waltgehenden Zollschutz und neuerdings auch durch Kontingentierung werden der Landwirtschaft den Gesehungsstoffen entsprechende Preise gesichert. Das gleiche ist der Fall für das Gewerbe und die Industrie. Sie alle versichern hoch und heilig, sie hätten den Zollschutz unbedingte nötig gegenüber der ausländischen Konkurrenz, daß aber dadurch die Lebenshaltung stark nach oben beeinflusst wird, das wird „nicht eingestanden“. Man glaubt deshalb in der Arbeiterschaft an das Evangelium von einer notwendig werdenden Senkung der Löhne zum Zweck der Senkung der Preise nicht mehr. Die Erfahrung hat die Arbeiterschaft vorfichtig gemacht. — Die Arbeitslosigkeit ist auch im Buchdruckergerber mit dem neuen Jahr angestiegen. Von 402 Ende Dezember 1931 hatte sich die Zahl bis Ende Januar auf 450 erhöht und die Aussichten auf eine Besserung sind nicht gerade verlockend. Während man früher die Arbeitslosigkeit bei den Maschinensehern weniger kannte, verzeichnet die letzte Liste bereits 32 Arbeitslose.

Finnland. Die allgemeine Krise hat auch hier eine Verfallmerung der Arbeitslosigkeit im Geselge gehabt. Die weitere Geldentwertung hat die Lebenshaltung der Arbeiter noch verschlechtert. Infolge der ungeselgen Spaltung in der Fachorganisation konnte die neuerrstehende Gewerkschaftszentrale noch nicht die nötige Kraft entfalten, um die Interessen der Arbeiter im gemeinsamen Maße zu fördern. Besonders groß war auch die Arbeitslosigkeit im Buchgerber. Das Vorjahr verlief friedlich, aber der Frieden war von den Arbeitern teuer erkauft. Hoffentlich wird die Erkenntnis, daß Einigkeit vor allem not tut, immer allgemeiner.

Norwegen. Die Bestreitungen, die an die Aufhebung der Goldwährung im September, gleich nach Abschluß des neuen Tarifs, geknüpft wurden, sind glücklicherweise nicht in Erfüllung gegangen. Der Kaufwert des Geldes im Lande hat sich für die meisten Lebensnotwendigkeiten gehalten und war im Januar 1932 so wie in den letzten vier Monaten 1931. Für Lebensmittel war die Inbeziffer sogar um einen Punkt herabgegangen, wogegen die Ziffer für Kleider u. a. um einen Punkt heraufging. — Mit einem Teil der Druckereien, die außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehen, sind vorläufige Aberein kommen getroffen worden, die alle günstiger sind als der Schiedspruch vom September 1931. Die Druckereien ohne Abereinkunft bezahlen nach dem alten Tarif. — Das Arbeitsgericht, das über die Streikfrage mit den Zeitungsbetrieben in Oslo entschieden soll, wird im März zusammentreten. Der Arbeitgeberverband macht gewisse Forderungen auf Schadenersatz für zwölf gestahle Löhne seit deren Eintritt der Zeitungsbetriebe in diesen Verband geltend. — Die Arbeitslosigkeit im Februar war nicht unerheblich kleiner als im gleichen Monat des Vorjahres. Es hat den Anschein, als ob der größte Teufel für das Buchgerber überstanden sei.

Holland. Die Prinzipale im holländischen Buchdruckergerber wollten nicht aus der Reihe tanzen: das allgemeine Bestreben nach Lohnsenkung hatte auch bei ihnen den Drang erweckt, durch Herabsetzung des Lohnes etwas zur „Geldung des kranken Wirtschaftslebens“ beizutragen. Wie schon früher mitgeteilt, enthält das jetzt gültige Tarifabereinkommen eine Bestimmung, nach der bei Auf- oder Niedergang der Inbeziffer eine paritätische Kommission zu unteruchen habe, inwieweit demgemäß auch die Löhne eine Änderung nach oben oder unten erfahren können. Zu verkennen war nicht, daß diese Inbeziffern tatsächlich gesunken sind — und pünktlich tamendann auch die Buchdruckerprinzipale mit dem Erdfunden an die Geselsschaft, Kommissionsmitglied zu wählen, denn eine Änderung der Löhne wäre doch angesichts der verminderten Lebenskosten angebracht. Die Beratungen haben vor einigen Wochen stattgefunden und ihr Ausgang war schon einigermäßen „vorausgesehen“. Das „Resultat“ der Unterhandlungen über einen neuen Tarif im Herbst 1930 war nach langwierigen und mehrmals abgebrochenen Sitzungen und Momenten von erstkter Spannung, derart, daß die Geselisen in einer Zeit, wo die Lohnfällungen schon tüchtig im Gange waren, doch noch einen Lohnzufschlag von 2 Cent pro Stunde buchen konnten, während sich November dieses Jahres eine weitere Erhöhung um 1 Cent vereinbart wurde. Dieser Ausgang war für die Prinzipale auch eine fühlbare prinzipielle Niederlage, die sie nicht verschmerzen konnten. Es leuchtet deshalb ein, daß, wo jetzt hier Gelegenheit geboten wurde, diese Erhöhungen rückgängig zu machen, die Prinzipale versuchten, den gewünschten Ausgleich zu schaffen. Es ist ihnen gelungen; am 13. Fe-

Der flammende März!

Mit blühender Rüstung bricht der März in das Reich des Jahres, reißt mit starken Händen die Mauern des Winters nieder. Er kommt im wehenden Mantel des Sturmes, lodrende Gemüter unzufrieden sein Haupt. Der März ist die Zeit! Der März ist das Leben! In ihm wohnt die vorwärtstreibende Kraft der Erneuerung. Er kennt keine Tradition des Gewesenen, er stirzt das Alte und will das Neue! Der März ist die Revolution!

Die Römer gaben ihm den kriegerischen Namen. Es ist der Monat des Kriegsgottes Mars. Und wenn wir den Weg der Geschichte zurückgehen, da ist der März erleuchteter von den Taten der Freiheit und der Empörung!

Jeder Berliner Arbeiter kennt den Friedlichshain. Er ist eine Stätte der Trauer für das Proletariat und für alle Menschen, denen die Freiheit ein heiliges Gut ist. Im Friedlichshain finden die Gräber von den Toten des Jahres 1848. Sie erinnern uns daran, daß im März 1848 in Berlin Barrikaden aufgeführt waren, daß im blutigen Straßenkampf Männer für die demokratische Idee stritten und starben. Unter ihnen befanden sich auch mehrere Berliner Buchdrucker, denen aus Mitteln einer Sammlung unter der deutschen Kollegenchaft Denksteine gesetzt wurden. Diese Steine, von denen heute nur noch einer vorhanden ist, waren mit dem Buchdruckerwappen geschmückt und trugen die Inschrift: „Den am 18. März 1848 um die Freiheit gefallenen Brüdern“.

Der Sturm der Gegenwart läßt die Ereignisse des letzten Jahrhunderts verfließen. Aber für die Erkenntnis der Entwicklung der Geschichte sollten wir niemals vergessen, daß im Jahre 1848 die Geburtsstunde des Freiheitsgedankens in Deutschland schlug. Alle wirtschaftlich und politisch getriebenen Klassen erhoben die Forderung nach Gleichheit vor dem Geselge, Gleichberechtigung in der Wirtschaft, in der Verwaltung des Staates. Man wollte die Ketten einer despotischen Regierung brechen, die Lasten der feudalen Herrschaft abwerfen. Es war ein Kampf

gegen den Stände- und Kastengeist! Niemand sollte mehr durch seine Geburt bestimmt sein, einer Gesellschaftsklasse für das ganze Leben anzugehören. Das Bauernvolk sollte nicht vom ersten bis zum letzten Atemzuge als Leibeigener an den Gutsbesitzer gefesselt sein. Der Geselle wollte nicht mehr durch die starren Jungstehle in der Ausbildung seines Berufs gehindert werden. Freie Berufswahl, freies Gewerbe war die Lösung. Stürmische Bauernbewegungen forderten Verteilung der Staats- und Kirchengüter, gerechte Steuererhebung nach Vermögen (der Grundbesitz war steuerfrei noch bis in die neueste Zeit). Vor allem erscholl der Ruf nach Mitbestimmung, nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht!

Eine deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt sollte alle Wünsche verwirklichen und in einem geeinten Deutschland den demokratischen Gedanken in die Tat umsetzen. Damals war es, als von den deutschen Vorkämpfern die Fahne Schwarz-Rot-Gold als Symbol der Einheit erhoben wurde. In der gleichen Universität in Jena, deren „nationalistische“ Studenten und Professoren heute diese Farben hasen und beschimpfen!

Am 21. März 1848 ritz Friedrich Wilhelm IV. im Schmutz der Farben Schwarz-Rot-Gold durch die Straßen Berlins und gelobte allen Landestindern eine neue, freiheitliche Verfassung.

Er hat seinen Schwur gebrochen. Die Nationalversammlung in Frankfurt sprach herrliche Gedanken aus, entwarf ein ausgezeichnetes Programm — aber der Durchführung stellte sich die verrotte Macht des Militärs und des Adels entgegen. Der „Freiheitskrieg“ von 1813 hatte Deutschland von der Fremdherrschaft befreit; die Knechtschaft des Volkes blieb. Friedrich Wilhelm IV. schrieb im Dezember 1848 an seinen Freund Bunsen: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!“

Im Jahre 1818 ließen Karl Marx und Friedrich Engels im kommunistischen Manifest ihren Wdruf an die Arbeiterschaft erschallen: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Und die geeinte Arbeiterschaft nahm im

Zeichen des Sozialismus den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung auf. Sie ging ihren Lebensweg und glaubte an den Sieg.

Der November 1918 öffnete die Tore zur Freiheit. In einer demokratischen Republik will sie ihre Ziele verwirklichen. Jeder deutsche Staatsbürger soll Anteil an den Lebensgütern haben. Gleiches Recht im freien Staat!

Aber auch die Gegner freierlicher Regungen der Arbeiterschaft rüsteten. Und wieder waren es Märztage, in denen sich der feurige Schein heftiger Kämpfe spiegelte.

Am 10. März 1920 begann der Kapp-Putsch. Die junge Republik sollte gestürzt werden! Die Brigade Ehrhardt zog am 13. März durch das Brandenburger Tor in Berlin ein. Die Reichsregierung unter dem Reichspräsidenten Ebert mußte Berlin verlassen. Die Kapp-Herrschaft erließ Proklamationen an das deutsche Volk. Aber überall flammte der entschlossene Widerstand der Arbeiterschaft auf. Der Generallstreik wurde im ganzen Reich ausgerufen und einmütig befolgt. Heftige Kämpfe entbrannten in allen Städten. Viele Arbeiter besetzten die Treue zur Republik mit dem Tod. Der Kapp-Putsch aber brach schließlich zusammen.

Ein andres interessantes Datum: Am 14. März 1923 wurde die Beschwerde der Nationalsozialisten wegen Auflösung ihrer Partei vom Staatsgerichtshof abgelehnt! Sechs Monate später verfuhrte Hitler in München die Rechtsdiatur aufzurichten. Wir wissen, daß dieser Versuch glanzend abge schlagen wurde. Die deutsche Republik steht fest.

Und jetzt schreiben wir den März 1932. Und neue Stürme erheben sich gegen uns. In diesem Monat soll die Entscheidungsschlacht um die Herrschaft im Reich geschlagen werden. Hitler will als Reichspräsident die Kra des „Dritten Reiches“ einleiten. Es wird ihm nicht gelingen! An der Eisernen Front der Republik wird die braune Flut zurückgedrängt.

Deutschland erlebt eine Wirtschaftsnote wie nie zuvor. Über sechs Millionen Menschen mussten die Arbeitsstätte

bruar wurden die Löhne um 2 Cent pro Stunde reduziert. Damit wurden sie auf die Basis der Säge gestellt, die in den Tarifjahren 1928 bis 1930 Gültigkeit hatten. Auch die am 17. November d. J. fällige Erhöhung des Lohnes um 1 Cent mußte preisgegeben werden. Die Gehilfenparteien, obwohl sie die Zulässigkeit der offiziellen Ziffern nicht ableugnen konnten, ließen es an Widerstand am Beratertisch nicht fehlen. Er blieb aber ohne Erfolg. Die unbefriedigte Stimmung der Prinzipale über den Ausgang in 1930; die allgemeine Lohnsenkungsschneise, die die Unternehmerwelt luggeriert und berauft hat, die wohl nicht sehr schlimme, aber doch auch nicht zolajarbige Lage ihrer Betriebe, alles dies überlebte die Verhandlungen, die endlich das genannte Resultat brachten. Es wurde von den Gehilfenorganisationen als eine von den gegebenen Verhältnissen aufzubringende Tatsache hingenommen — Auch im holländischen Buchbindergewerbe, das aber von der Krise sehr stark in Mitleidenschaft gezogen wird, werden die gleichen Lohnreduktionen vorgenommen. Der Minimumlohn beträgt für den 24jährigen Gehilfen jetzt nach den neuen Feststellungen: für Handfeger, Monotypsetzer, Metzeur (Tagessetzungen), Drucker an Zylinder- und Tiegelpressen, Druckerbuchbinder (Papierfahne usw.), Tiefdrucker an Bogenschnitten 73 Cent; für Maschinensetzer (mit Ausnahme der Monotypsetzer) und Notationen 82 Cent; für Monotyp- und andre Schriftgießer bei Bedienung einer Maschine 77, bei Bedienung zweier Maschinen 82 Cent; für Galvanisierer und Stereotypsetzer 77 Cent. Diese Lohnziffern beziehen sich auf die höchste Gemeindegasse. — Am 6., 7. und 8. Juni d. J. wird der Buchdruckerverband seine Generalversammlung abhalten.

Zugumbug, Rapider Rückgang der Konjunktur und dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit, Pfundkurz, mildes Wetter usw. haben in den letzten Monaten einen sehr fühlbaren Rückgang der Preise vieler Waren und Artikel zur Folge gehabt. Besonders betroffen wurden davon die landwirtschaftlichen Produkte. Bei Butter, Eiern, Brot lagen die Preise in letzter Zeit unter den Vorkriegsnormierungen, wenn man das Verhältnis zur Indexziffer in Betracht zieht. Dasselbe ist teilweise der Fall für Fleisch, wo der Import aus Holland und Skandinavien auf die Preise drückte. Für Textilien tritt der Preisrückgang noch weniger in Erscheinung, obwohl auch hier ein schwaches Nachlassen unverkennbar ist. Die Indexziffer hat sich der allgemeinen gleitenden Tendenz angeschlossen — nach Ansicht weiterer Kreise der Lohnempfänger ist sie sogar den Ereignissen vorausgeleitet. Weil die Löhne in Buchdruck und in der Buchdruckindustrie aufgebaut sind, haben die Gehilfen demgemäß im letzten Jahr, besonders in den letzten Monaten, eine sehr empfindliche Einbuße erlitten. Im Monat Januar 1930 (Indexziffer 912) betrug der Minimumlohn 357 Fr., ab 1. März 1932 (Indexziffer 701) belaufte sich das Wochenminimum auf 300 Fr., ein Rückgang von 16 bis 17 Proz., trotzdem es im Laufe des Jahres 1931 gelungen war, den Abzug von zwei Indexziffern durch Spezialabkommen hintanzuhalten. Ab 1. März stellen sich die Gehilfenlöhne folgendermaßen: erstes Gehilfenjahr 211 Fr., zweites und drittes Gehilfenjahr 202 Fr., viertes und fünftes Gehilfenjahr 287 Fr., sechstes Gehilfenjahr 300 Fr., für Maschinensetzer 312,75 Fr., für Monotypsetzer 314,75 Fr. Der Lohn des ersten Gehilfenjahres gilt nur in der Buchdruckerei, bei Anstellung in einer andern Druckerei gilt der Lohn der nächstfolgenden Jahresklasse. Der Beschäftigungsgrad im Gewerbe hat sich seit

Jahresanfang weiter verschlechtert, so daß die Zahl der Arbeitslosen sich um einige Einheiten vermehrt hat und momentan 11 bis 12 Proz. der Gesamtbevölkerung beträgt. Die im Monat November 1931 in Kraft getretene Einführung von Extrabeiträgen hat ermöglicht, die Höhe der bisherigen Arbeitslosenunterstützung beizubehalten und die Unterhaltungsstärken auszubehalten, so daß momentan, unter Hinzurechnung der staatlichen Zuwendungen, unsere arbeitslosen Mitglieder vor Not bewahrt sind. Dieser Akt von Solidarität ist um so höher zu bewerten, weil er in eine Zeit fällt, wo eine allgemeine Lohnsenkung in ausgeprägtester Form in Erscheinung getreten ist.

Belgien. Das große Reine machen im Belgischen Typographenbund hat begonnen. Nach dem Abgang des Zentralpräsidenten Louis Stordeur das Entlassungsgeld des Generalsekretärs Alexander Theunissen. Ein Spezialkongreß wird wohl demnächst den Schlupfunkt unter diese wenig erbauliche Angelegenheit legen. Das ist das Fazit, das sich aus Andeutungen ziehen läßt, die in der letzten Nummer der „Fédération Typographique Belge“ in den „Mitteilungen des Zentralvorstandes“ gegeben werden. Nach dem Weggang des Zentralpräsidenten Stordeur kommt also jetzt die Demission des langjährigen Generalsekretärs Theunissen, der, genau wie Stordeur, an der Gründung des neutralen Brüsseler Buchdrucker-Syndikats nicht unbeteiligt war. Die Dinge nehmen eben ihren Lauf, den sie nehmen müssen und der von allen einfältigen Elementen vorausgesehen wurde. In Nr. 55 des „Korr.“ vom 11. Juli 1931 war in einer Schlussbetrachtung über den eben zu Ende gegangenen Brüsseler Streik folgendes zu lesen: „Glaubt man in führenden Kreisen, daß es möglich sei, Frieden, dauerhaften Frieden zwischen dem Zentralvorstand und dem Vorstand der Sektion Brüssel herzustellen, ohne eine radikale Personaländerung vorzunehmen? Hier liegt der Stein des Anstoßes. Es müssen Männer an die Front, Männer, die zu keiner Richtung hin kompromittiert sind, denen es nur darum zu tun ist, die einigste Einheit unter den belgischen Buchdruckern wieder herzustellen. Es wäre zum Beweisen, wenn die Herstellung dieser Einigkeit an dem unbegreiflichen Starrsinn einiger Persönlichkeiten, für die Prestige- und Machtfragen anscheinend die Hauptrolle spielen, scheitern sollte.“ Der Stein des Anstoßes ist im Kollen. Der praktische Sinn der belgischen Kollegen wird es nun ohne Zweifel ermöglichen, den Wiederaufbau ihrer alten ruhmreichen Organisation baldigst in die Wege zu leiten und zu gutem Ende zu führen. — Die „Association Typographique“ von Brüssel nahm in einer Vertrauensmännerversammlung am 10. Februar folgende Entschlüsse an: „Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Abplitterung im Schoße der Sektion Brüssel eine äußerst ernste Gefahr darstellt für die Interessen aller graphischen Arbeiter Belgiens, da sie geeignet ist, die allgemeinen Arbeits- und Lohnbedingungen im Buchgewerbe zu untergraben.“ Sie erklärt, daß die Dissidenten, falls sie weiterhin außerhalb der Association Typographique, die gemäß den Kongreßbeschlüssen allein vom Landesverband anerkannt ist, bleiben, sich gleichzeitig außerhalb des Landesverbandes stellen und demgemäß von letzterem rücksichtslos zu bekämpfen sind. Die Versammlung ist ferner der Meinung, daß dieser Kampf rein totaler Natur ist und demgemäß von der Sektion Brüssel zu führen sei. Sie fordert den Landesverband auf, zu prüfen, welche gemeinsamen Mittel anzuwenden sind, um der Dissidentenorganisation auf dem schnellsten Wege den Wind aus den Segeln zu nehmen.“

Frankreich. Die „Imprimerie Française“ veröffentlichte den Geschäftsbericht des französischen Buchdrucker-Verbandes für das dritte Trimester 1931. Einleitend wird darin bemerkt, daß der Verband sich im Zustand der Stagnation befinde; die Mitgliederzahl, die sich Ende Juni 1931 auf 22 812 bezifferte, belief sich Ende September des gleichen Jahres auf 22 798, hat also um 14 Einheiten abgenommen. Es sei erfreulich, daß sich der Effektivbestand des Verbandes in dieser Krisenzeit so ausgezeichnet auf der Höhe halte. Die in der Berichtsperiode angeforderten Summen für Lohnbewegungen waren sehr minimal, dagegen weist die Bilanz einen Posten von 232 930 Fr. auf, der als Unterstützung von ausländischen Verbänden diente. Damit hat der französische Verband in vorbildlicher Weise seine internationale Solidarität bewiesen. Für Unterstützung der Arbeitslosen wurden 124 173 Fr. benötigt, gegen 146 724 im vorhergehenden Trimester. Diese Minderausgabe ist nicht zurückzuführen auf ein Zurückgehen der Arbeitslosigkeit, sie ist vielmehr dem Umstand zuzuschreiben, daß eine ganze Anzahl Mitglieder ausgesteuert wurde. Für Watium stellt sich die Ausgabe auf 1032 Fr. Das Verbandsvermögen ist von 3 252 230 Fr. auf 3 162 056 Fr. zurückgegangen. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um 90 174 Fr. Der Bericht schließt: „Die Gesamtsituation der Föderation ist nichtsdestoweniger ausgezeichnet. Es bleibt nur zu wünschen, daß die Zeit nicht mehr fern sein möge, wo es wieder Arbeit für alle gibt.“ — Infolge Sanktionen der Indexziffer sind in folgenden Sektionen Lohnherabsetzungen vorgenommen worden: Calais 1,50 Fr. pro Tag, Toulouse 3 Fr., Mâcon 3,45 Fr., Lyon 4,55 Fr. pro Tag. Grenoble hat seinen Tarif auf der früheren Grundlage erneuert. — Die Zahl der Arbeitslosen in Paris war gegen Ende des Jahres merklich zurückgegangen. Sie hat sich inzwischen wieder erholt, weil die parlamentarischen Arbeiten ihrem Ende zuneigen und die Herstellung des Adressbuches „Bottin“ ebenfalls beendet ist. — Zwischen der Föderation und dem Unitären Syndikat wurden in letzter Zeit Verhandlungen geführt zwecks Wiedereinrichtung der Unitären (Kommunisten) in die Föderation. Das Resultat dieser Besprechungen steht noch aus.

Korrespondenzen

wd. Düsseldorf. In unserer Bezirksversammlung am 13. Februar, die von etwa 200 Kollegen besucht war, referierte Dr. Sternberg über das Thema „Wirtschaftskrise — Falschismus — und die Aufgaben der Arbeiterklasse“. Ein besonderes Gepräge erhielt die Berührung durch die Anwesenheit der beiden Gauvorsteher Köhner und Fette. Der Referent führte aus: Das Jahr 1931 hat die Krise des Weltkapitalismus nicht nur weiter vertieft, sondern auch in außerordentlichem Tempo beschleunigt. Die Industriearbeiter haben im Herbst 1931 zwei Fünftel ihres Lohnes verloren. Wenn man den Lohn des Jahres 1929 gleich 100 setzt, so betragen die Löhne im Oktober 1931 nur noch 60. Die Preise der Waren, die die Arbeiterklasse kauft, sind demgegenüber nur 12 Proz. zurückgegangen. Es ergibt sich ein Sinken des Reallohn um 30 Proz. Durch die unerbötliche Proletarisierung der Mittelschichten ist es zum erstenmal in der Geschichte zu verzeichnen, daß die Großstädte Abwanderung haben. Die Krise bedroht auch das Kapital. Wenn der Profit bedroht ist, zeigt es sich, daß das Kapital hundertmal mit dem Profit und nicht mit der Demokratie verheiratet ist. Die Nationalsozialisten sind die Hintermänner und Agenten des Monopolkapitals und der Falschismus bedeutet den konterrevolutionären Ausweg aus der Krise. Die Frage, ob diese Krise die letzte ist, kann nicht so gestellt werden, da es von der Tat der Arbeiter abhängen wird, ob es zur Barbarei kommt. Die vierte Notverordnung nahm den Gewerkschaften einen großen Teil ihrer Bedeutung, da nach den Worten des Vorkämpfers des A. L. B. Bundes, Mühsäuer, damit der Kollektivvertrag fast völlig zerfallen würde. Die Pleiten der Staats- und Industrieunternehmen sollen dadurch ausgeglichen werden, daß man die Pleiten sozialisiert und den Profit individualisiert. Der Kampf der Gewerkschaftsführung ist ein Kampf an falscher Stelle, denn der Kampf darf nicht nur gegen den Falschismus geführt werden, sondern es muß das Monopolkapital bekämpft werden. Man schafft Kampfebenen im Klassenkampf, zu diesen darf es aber nicht kommen, wenn die eigenen Kräfte dadurch stärker und die des Klassengegners schwächer werden. Es ist notwendig, daß der Kampf von den zentralen Stellen aus geführt wird. Der Feind der Arbeiterklasse steht im eigenen Lande und die wirkliche Einheitsfront kann nur eine proletarische sein. Dem Wunsch einiger Kollegen nachkommend, ergriß als erster Disziplinierungsredner Gauvorsteher Köhner das Wort. Er war nicht einverstanden mit den Ausführungen über die Spitzenführung. Vor dem 14. September sollte die Arbeitslosenversicherung verschlechtert werden, aber die aufgestärkten Arbeiter haben die Situation bei den Wahlen nicht erkannt. Unsere Führer sind nicht die Lumpen und Verdräter, als die man sie gewöhnlich hinstellt, sondern sind durch jahrelange Arbeit aus unserer Schicht hervorgegangen. Für die Kräfte, die uns auferlegt werden, kann man die Führer nicht verantwortlich machen und man kann auch nicht von ihnen verlangen, daß sie die Krise befechtigen. Wenn man Referenten hören würde, die aus der Arbeiterklasse stammen, würde man die Verhältnisse anders geschildert bekommen als es hier gefaßt. Uns ginke es besser, wenn sich die Weisheit der Akademiker weniger breit machen würde. Wer Kritik übt, habe auch zu prüfen, was bisher geleistet wurde; sollen wir es uns als Arbeiter bleibe lassen, daß Leute, die nicht zu uns gehören, uns ihre Meinung aufdrängen? (Der Referent Dr. Sternberg ist der „Theoretiker“ der S. W. Schriftleitung.) Es kam zu starker Erregung in der Versammlung und es wurde ein Antrag gestellt, Kollegen Köhner das Wort zu entziehen. Es wurde nicht abgelehnt, trotzdem ein großer Teil der Versammlung dafür war, denn der Redner erklärte sich bereit, seine Ausführungen zu beenden. Drei Redner sprachen sich im Sinne der Sternbergischen Ausführungen aus. (Ein wohlberechneter Schlußantrag verboderte es, daß der nächste Redner, Kollege Fette, zu Wort kam. Schriftleitung.)

Esersfeld. Unsere Bezirksversammlung am 14. Februar war außerordentlich gut besucht. Das Versammlungslokal erwies sich als klein, viele mußten sich mit einem Stehplatz begnügen. Mit den besten Wünschen für das neue Jahr eröffnete Vorkämpfer Fette die Versammlung. Der Gesangsverein „Gutenberg“ erfreute die Anwesenden mit einigen Lieberwörtern. Nach Bekanntgabe einiger Schreiben des Verbands- und des Gauverbandes gab der Vorkämpfer den Jahresbericht, in dem er u. a. ausführte: Unheilvoller habe bisher kein Jahr auf der gesamten wertvollen Bevölkerung gefaßt als das Jahr 1931. Die ganze Welt ist von einer Wirtschaftskrise ergriffen, wie wir sie in diesem Ausmaß nie gekannt haben. Vorkämpferarbeiten, Betriebsstilllegungen usw. sind heute an der Tagesordnung und bezeichnen den Weg der Krise. Die letzte Notverordnung hat der gesamten Arbeiterklasse furchtbare Lasten aufgebürdet. Die Löhne sind gewaltig gesenkt worden, aber von einer dementsprechenden Preisentzug haben wir leider bis zum heutigen Tag wenig bemerkt. Trotz alledem geht man im Buchdruckgewerbe neuerdings wieder dazu über, den noch bestehenden Leistungslohn abzubauen. Man nicht die Not unserer Kollegen und zugleich die Furcht, arbeitslos zu werden, in schamloser Weise aus. Soweit wir dazu in der Lage sind, müssen wir uns dagegen energisch wehren. Für uns kann nur eine Meinung herrschen: „Wie der Lohn, so die Arbeit.“ Der Mitgliederbestand betrug Ende des Jahres 654, gegen 685 im Vorjahr. In Beschäftigung standen 343, arbeitslos waren 311 Kollegen. Von den noch in Arbeit stehenden Kollegen arbeitet der größte Teil verkrüppelt. Auch heute noch stehen wir auf dem Standpunkt, daß bei einigem guten Willen des Unternehmers es möglich gewesen wäre, die Fünftageswoche einzuführen, um dadurch einen Teil unserer Erwerbslosen in den Produktionsprozeß wieder einzureihen. Der Mitgliederbestand in der Lieberwörterabteilung betrug am Ende des Jahres 95, gegen 98 im Vorjahr. Im Berichtsjahr feierte ein Kollege sein 40jähriges, 3 Kollegen ihr 40jähriges und 52 Kollegen ihr 25jähriges Verbandsjubiläum. Mit Stolz blickt der Bezirksverein auf diese stattliche Zahl der Jubilare, denen er nochmals den Dank der Organisation für ihre Treue ausspricht. 41 Jubilare waren am Schluß des Berichtsjahrs vorhanden. Im Schluß seines Berichts dankte der Vorkämpfer allen Funktionären und Betriebsvertrauensleuten für ihre treue Mitarbeit und knüpfte daran die Hoffnung, daß diese der Organisation

verlassen. Verodet stehen die Hallen der Arbeit. Will der Kapitalismus die Arbeiterklasse aushungern? Zu eng ist sein eigenes Verstecken mit der Maske der Erwerbstätigen verknüpft. Je mehr Maschinen stillstehen, je weniger Menschen arbeiten, um so geringer wird seine Profitrate. Denn nur an der Arbeitskraft kann der Kapitalismus verdienen!

Die grenzenlose Not trifft vor allem die Jugend! Vier Jahre hat der junge Mensch gekert und gehofft. Nun muß er ratenlos den Weg zum Stempelamt antreten. Bittere Gedanken bedrücken ihn. Er kennt den Krieg nicht in seiner Furchtbarkeit, er weiß nicht, daß er die Hauptlast des Elends in Deutschland, in der ganzen Welt ist. Der Jugendliche empfindet nur in aller Härte das Unrecht, das ihn betrifft. Elementar bäumt er sich gegen den unerträglichen Zwang der Arbeitslosigkeit auf. Er will arbeiten!

Da kommen nun die Nationalsozialisten und erzählen ihm, daß nur die Sozialdemokratie, der „Marxismus“ die Schuld trage. Sie verwirren seinen Sinn, läufchen ihn mit Versprechungen.

Der März 1932 bringt die Entscheidung für die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse, für jeden einzelnen. Auf dem Friedhof im Friedrichshagen in Berlin liegen neben den Märzgefallenen von 1848 auch zahlreiche Opfer der Jahre nach der Errichtung der Republik. Von ihren Gräbern geht die Mahnung aus: Seid treu im Kampf um Recht und Freiheit!

Am 14. März 1883 starb Karl Marx. Er gab der Arbeiterklasse den Glauben an die Neugestaltung der Welt. Die Arbeiterklasse durch den Sozialismus. Hemmnisse und Rückschläge sollen uns den Mut nicht trüben. Unverstand und blinde Machtgier können den Entwicklungsgang einer Weltidee nicht aufhalten.

Es kommt ein März, der wie ein Frühlingsturm durch das morsche Gebäude eines überlebten Systems brausen wird! Ein neuer und starker Staat erhebt sich aus stürzenden Trümmern. Aber seinem hohen Portal stehen die stolzen Worte: Der Sozialismus macht euch frei!

Broder Bahnen.

